

Zwischenruf: Ein Plädoyer für eine genderbewusste Ausbildungsförderung in Deutschland. Anforderungen an eine zukünftige Bundespolitik.

In diesen Wochen beginnen wieder rund 700.000 junge Menschen in Deutschland eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung. Etwa zwei Drittel von ihnen werden eine duale Berufsausbildung, ein Drittel eine schulische Ausbildung beginnen. Bei den vollzeitschulischen Berufsausbildungen sind die Ausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen mit rund 25 Prozent aller neu begründeten Berufsausbildungen besonders stark vertreten.¹

Auffallend ist allerdings, dass der Anteil der jungen Frauen – trotz verschiedener bundespolitischer Initiativen wie der des Girls'Day – an den neu aufgenommenen dualen Berufsausbildungen sinkt. 2016 hatte er mit 39,8 Prozent einen historischen Tiefstand erreicht. Während junge Frauen beim Erlangen der Hochschulreife und bei der Aufnahme eines Studiums noch mit mindestens 50 Prozent vertreten sind, ist ihre Beteiligung in den jeweiligen „Ausbildungsbranchen“ sehr unterschiedlich.

Was aber heißt das für die Ausbildungsförderung von jungen Frauen, wenn sich unterstützende Maßnahmen zur Erleichterung der Ausbildung, zur schulischen und sozialpädagogischen Hilfestellung, zur Unterstützung der beteiligten Betriebe ausschließlich auf die betrieblichen Ausbildungsverhältnisse beziehen, wenn nach dem Motto verfahren wird: „Duale Ausbildung hat Vorfahrt“? Begründet werden diese programmatischen Ansätze mit dem prognostizierten Fachkräftebedarf in Wirtschaftsbetrieben. Hieraus wird der Unterstützungsbedarf von Jugendlichen mit schlechteren Voraussetzungen sowie von Betrieben abgeleitet, um im Ausbildungsprozess erfolgreiche Ausbildungsverläufe zu erzielen. Aber gilt das nicht auch für die personenbezogenen Dienstleistungen?

Im Gegensatz zum geringen Anteil der jungen Frauen an den betrieblichen Berufsausbildungen kehrt sich das Bild bei den schulischen Berufsausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialbereich um: Hier sind Frauen mit knapp 78 Prozent an den neu aufgenommenen Berufsausbildungen besonders stark vertreten. Allerdings gibt es für diejenigen, denen der erfolgreiche Abschluss einer Berufsausbildung schwer fällt, hier kaum Unterstützungsangebote. Hinzu kommt, dass es bisher regelhaft nur in der Krankenpflege eine Ausbildungsvergütung gibt, in einigen anderen schulischen Ausbildungsberufen in diesem Segment muss sogar Schulgeld bezahlt werden. Obwohl der Fachkräftemangel hier längst um sich gegriffen hat und wir bereits in den Dienstleistungsangeboten für kranke und ältere Menschen, für Kinder und Familien den Fachkräftemangel nachweislich spüren, sind die Ausbildungsunterstützenden Maßnahmen in den schulischen Ausbildungsverhältnissen noch nicht angekommen. Die Zuständigkeit für diese Berufsausbildungen liegt in der Regel, in unserem föderalistischen System, auf Landesebene, und da sind die üblichen bundesweiten Ausbildungsunterstützungen offensichtlich nicht gefragt.

¹ Vgl. die Zahlen aus 2016 in BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2017, S. 100 – Weitere Berufsausbildungen sind 35.000 schulische Berufsausbildungen (in Doppelqualifizierungen mit Erwerb der HZB, oder auch duale Berufsausbildungen, die an Berufsfachschulen absolviert werden) und ca. 10.000 Beamtenausbildungen im mittleren Dienst.

In der Bundespolitik ist der Fokus auf die duale Ausbildung gelegt, die Allianz für Aus- und Weiterbildung und die Bundesagentur für Arbeit richten ihr Handeln allein auf die duale Ausbildung aus und begründen dies mit der fehlenden Zuständigkeit für die vollzeitschulischen Berufsausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialbereich. Mit Blick auf die jungen Frauen hat diese Vorrangstellung der dualen Ausbildung erhebliche Folgen:

Nach wie vor bleiben die Zugänge zu einigen betrieblichen, eher „männertypischen“ Ausbildungen für sie verschlossen. Programme der Förderung von jungen Frauen in männertypischen Berufen sind längst eingestellt, in den vergangenen Zeiten von Ausbildungsplatzmangel und von Gendermainstreaming statt Frauenförderung war das nicht mehr gefragt. Nun ist die Beteiligung der jungen Frauen an der dualen Ausbildung auf wenige Berufe und weniger als 40 Prozent der Ausbildungsverhältnisse gesunken.

Diese Entwicklung ist gleichstellungspolitisch bedenklich und wirtschaftspolitisch mindestens problematisch. Der erweiterte Blick auf alle Berufsausbildungen – duale und vollzeitschulische – ist in Zeiten von bestehendem und prognostiziertem Fachkräftemangel und zurückgehenden Schulabgänger-Zahlen dringend notwendig! Es würde den jungen Menschen und den Berufsfeldern gut tun und könnte den Weg frei machen für eine Gleichwertigkeit aller Berufsausbildungen – unabhängig von der Form, in der sie durchgeführt werden.

Wenn es dann noch gelänge, die vollzeitschulischen Berufsausbildungen in der Rentenversicherung so zu berücksichtigen, wie es mit betrieblichen Berufsausbildungen geschieht, könnten bestehende Benachteiligungen insbesondere von Frauen bei Gesetzen, wie der Rente mit 63 Jahren, vermieden werden. Es ist mehr als unverständlich, warum Pflegefachkräfte und Erzieher/-innen nicht im gleichen Maße ohne Abzüge nach 45 Berufsjahren die Altersrente in Anspruch nehmen können. Und last but not least sind die Verdienstmöglichkeiten in den frauendominierten Berufen im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsbereich oft niedriger als in der Wirtschaft. Diese Tatsache macht die Berufe vor allem für Männer unattraktiv. Denn es sind nach wie vor Frauen, die sich trotz geringer Entlohnung von dem Arbeitsfeld mit dem Anforderungsprofil hoher sozialer Kompetenzen angezogen fühlen und so der Wirtschaft als mögliche Fachkräfte im betrieblichen Alltag verloren gehen.

Es muss unser aller Anliegen sein, **allen** jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, die ihren Fähigkeiten und Wünschen entspricht. Daher ist es unbedingt notwendig, die verschiedenen Berufsausbildungswege – dual und schulisch – für beide Geschlechter verstärkt zu öffnen. Instrumente der Ausbildungsförderung müssen für alle Berufsausbildungen – auch für die schulischen – zur Verfügung stehen. Nur so wird es gelingen, (weiblichen oder männlichen) Jugendlichen mit Unterstützungsbedarf einen erfolgreichen Berufsabschluss zu ermöglichen.

Eine genderbewusste Ausbildung bedeutet, mehr junge Frauen an der dualen Ausbildung zu beteiligen. Dies kann nur über eine bewusste Frauenförderung in männerdominierten Berufen erreicht werden. Es bedeutet aber auch, mehr jungen Männern vollzeitschulische Berufsausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialbereich zu ermöglichen. Mittel der Wahl sollte auch hierbei die bewusste Männerförderung in frauendominierten Berufen sein.

Angesichts der demographischen Entwicklung und des damit begründeten Fachkräftebedarfs gerade im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialbereich werden wir auch um eine Neubewertung dieser Berufe bei der Entlohnung nicht umhinkommen. Wir werden uns alle fragen müssen, was uns die Pflege unserer Angehörigen, die Bildung- und Erziehung unserer Kinder sowie ein gutes und funktionierendes Gesundheitssystem wert ist.

Die nächste Bundesregierung braucht ein bildungspolitisches Umdenken in der Berufsausbildung – duale und vollzeitschulische Berufsausbildung verdienen die gleiche Wertschätzung!

Es braucht ebenso ein Umdenken in der Allianz für Aus- und Weiterbildung und in der Arbeit der Bundesagentur für Arbeit. Die Arbeitgeber und Schulträger im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsbereich sowie die Landesschulministerien müssen in die Arbeit einbezogen werden, um den vollzeitschulischen Berufsausbildungen den gleichen Stellenwert wie den betrieblichen Berufsausbildungen einzuräumen!

Berlin, 23.08.2017

Birgit Beierling

Referentin für Jugendsozialarbeit im Paritätischen Gesamtverband